DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Jerzy Sawiuk_pixelio.de

Aktionsplan Ost 2019 - mehr Osten wagen -

Situation in Mecklenburg-Vorpommern sowie Vorschläge der Linksfraktion und Forderungen an die Landesregierung

DIE LINKE. Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Telefon: 0385 - 52 52 500
Fax: 0385 - 52 52 509
E-mail: info@dielinke.landtag-mv.de
Internet: www.linksfraktionmv.de
V.i.S.d.P.: Rasho Janew

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Angleichungsprozess zwischen Ost und West ist auch nach fast 30 Jahren deutscher Wiedervereinigung nicht abgeschlossen. Alle ostdeutschen Bundesländer und besonders Mecklenburg-Vorpommern haben nach wie vor großen Nachholbedarf. Schlimmer noch, unser Land fällt in wichtigen Bereichen wie der Wirtschaftskraft sogar immer weiter zurück und verliert zunehmend den Anschluss. In vielen Bereichen ist Mecklenburg-Vorpommern leider Schlusslicht. Wir haben die geringsten Löhne, das schwächste Wirtschaftswachstum, die meisten Jugendlichen ohne Abschluss... Die Landesregierung von SPD und CDU aber verschließt die Augen vor der Realität und übt sich stattdessen in Schönfärberei und vergibt über ihren Strategiefonds Trostpflaster nach Gutsherrenart. Deshalb müssen wir mehr Osten wagen!

Die Entwicklung des Landes wird selbstverständlich maßgeblich von der Bundespolitik beeinflusst. Aber auch die Landesregierung verfügt über Mittel, Wege und Möglichkeiten, die sie jedoch kaum oder gar nicht nutzt. Sie kleckert anstatt zu klotzen und sie redet anstatt zu handeln. Zugleich türmt die Landesregierung in ihren Haushaltsrücklagen Jahr für Jahr immer mehr Geld auf. Es ist aber erforderlich, heute klug in die Zukunft des Landes zu investieren, um nicht weiter den Anschluss zu verlieren. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft vereinen.

Mit unserem Aktionsplan Ost 2019 beschreiben wir nicht nur die aktuelle Lage des Landes, sondern stellen auch unseren 10-Punkte-Plan vor, der typische ostdeutsche Probleme thematisiert. In unserer nicht abschließenden Auswahl von zehn Politikbereichen haben wir eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern helfen und die das Land insgesamt vorwärts bringen.

Ich wünsche Ihnen im Namen der gesamten Fraktion eine interessante und anregende Lektüre. Gern kommen wir mit Ihnen über Ihre Ideen, Anregungen oder Kritiken ins Gespräch.

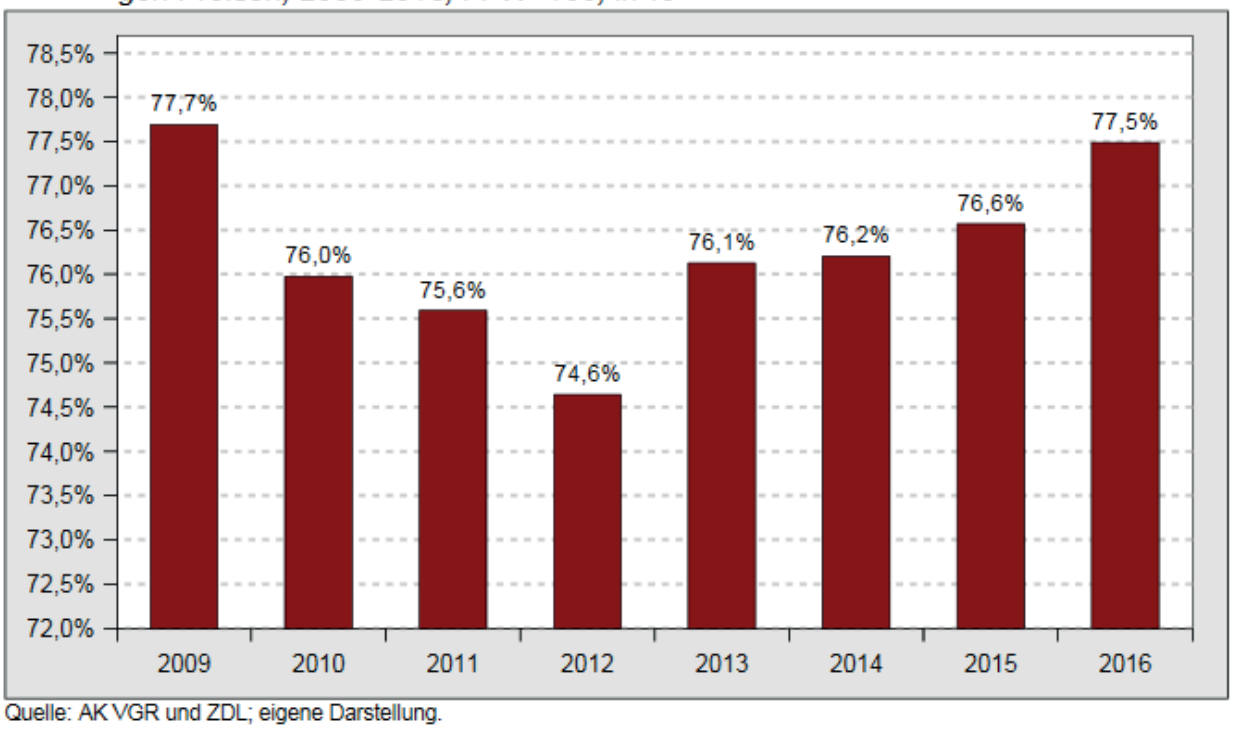
Ihre

Simone Oldenburg
Vorsitzende DIE LINKE. Fraktion
im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

I. Die Lage ist ernst

Im wirtschaftlichen Angleichungsprozess hat Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern die geringsten Fortschritte erzielen können. Als einziges ostdeutsches Bundesland lag die Wirtschaftskraft (relatives Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) sogar unter dem Wert des Jahres 2009.

Abbildung 2: Angleichungsprozess Mecklenburg-Vorpommerns beim nominalen BIP je EW in jeweiligen Preisen, 2009-2016, FFW=100, in %



Quelle: AK VGR und ZDL; eigene Darstellung.

(Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2018 - Teil 1 Landesfinanzbericht, S. 5)

Auch im Jahr 2016 lag die Wachstumsrate des BIP unter dem Schnitt der ostdeutschen Flächenländer und dem Bundesschnitt.

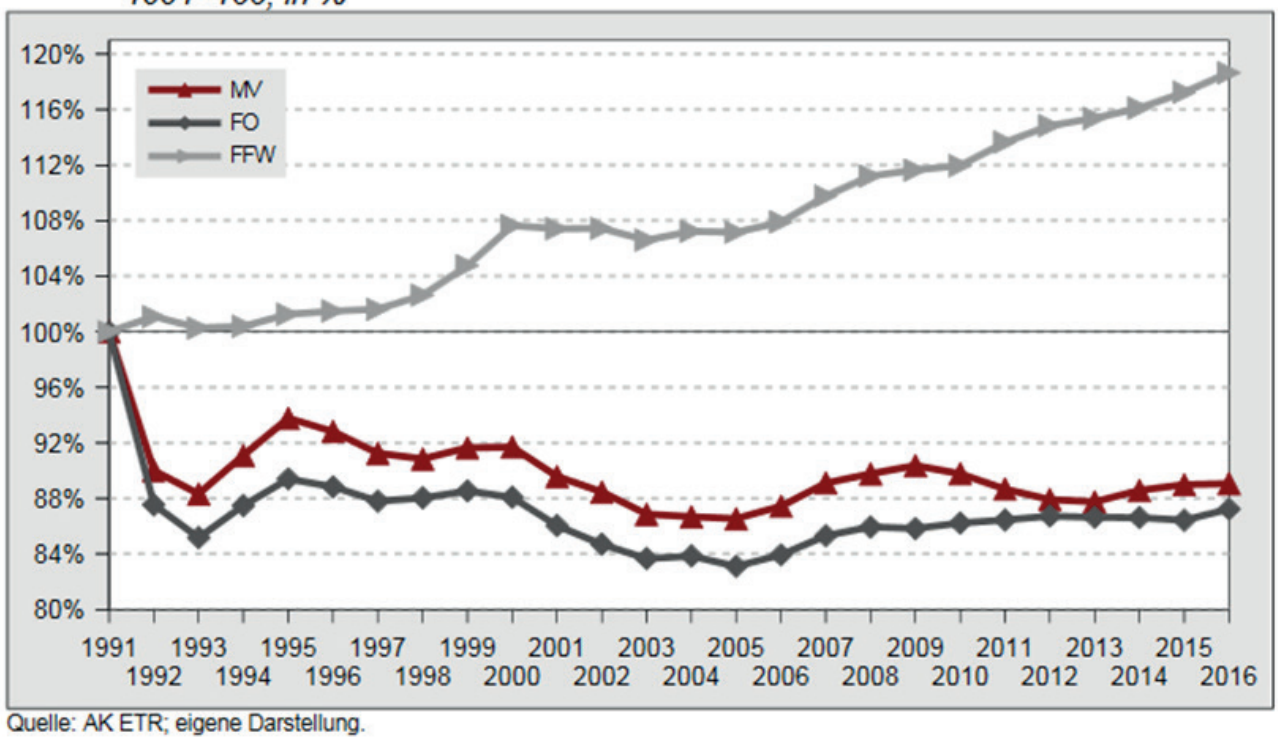
	BB	MV	SN	ST	TH	NI	RP	SL	SH	FO	FFW	D
	in %											
2014	2,9	0,9	2,3	0,4	3,1	1,4	1,5	2,5	1,3	2,2	1,4	1,6
2015	2,7	1,0	2,7	1,6	2,5	-0,2	3,1	1,7	1,5	2,4	1,1	1,7
2016	1,7	1,3	2,7	1,0	1,8	1,4	1,5	0,0	1,4	1,9	1,4	1,9

Quelle: AK VGR; eigene Darstellung.

(Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2018 - Teil 1 Landesfinanzbericht, S. 5)

Auch bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit verliert Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich den Anschluss. Der Abstand zu den westdeutschen Flächenländern vergrößert sich weiter.

Abbildung 4: Entwicklung der Erwerbstätigkeit (am Arbeitsort) im Ländervergleich, 1991-2016, 1991=100, in %

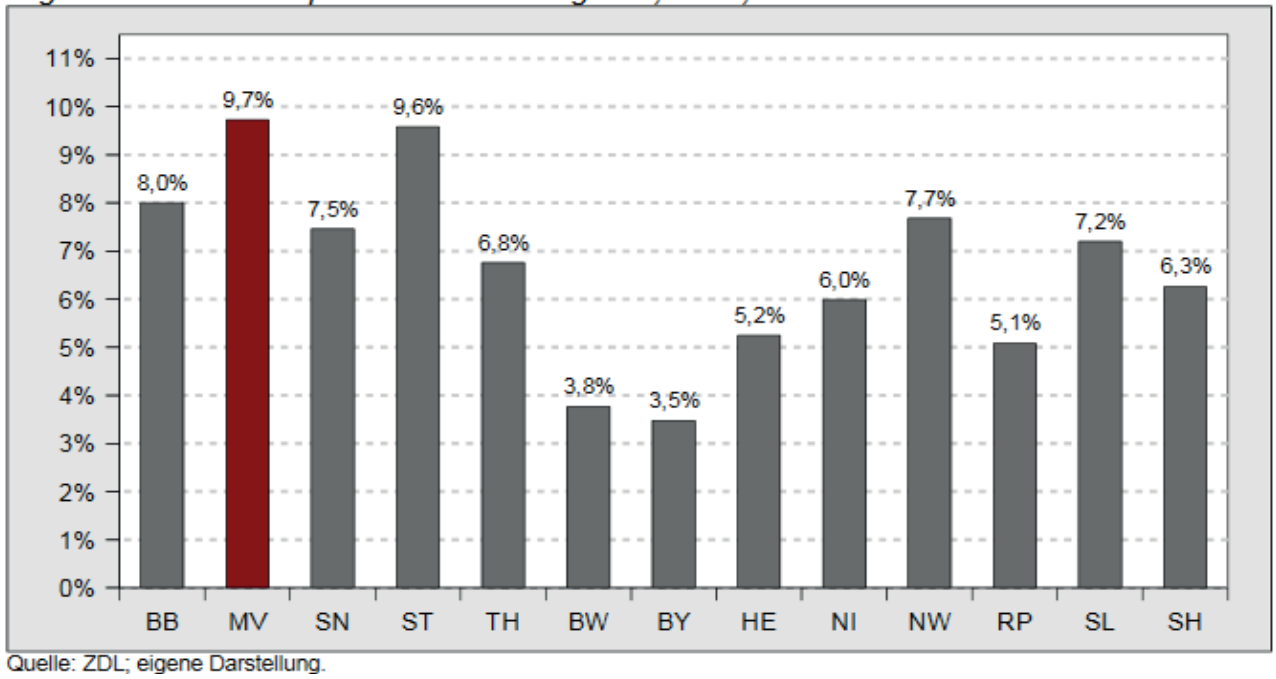


Quelle: AK ETR; eigene Darstellung.

(Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2018 - Teil 1 Landesfinanzbericht, S. 6)

Bei der Arbeitslosenquote ist Mecklenburg-Vorpommern Schlusslicht:

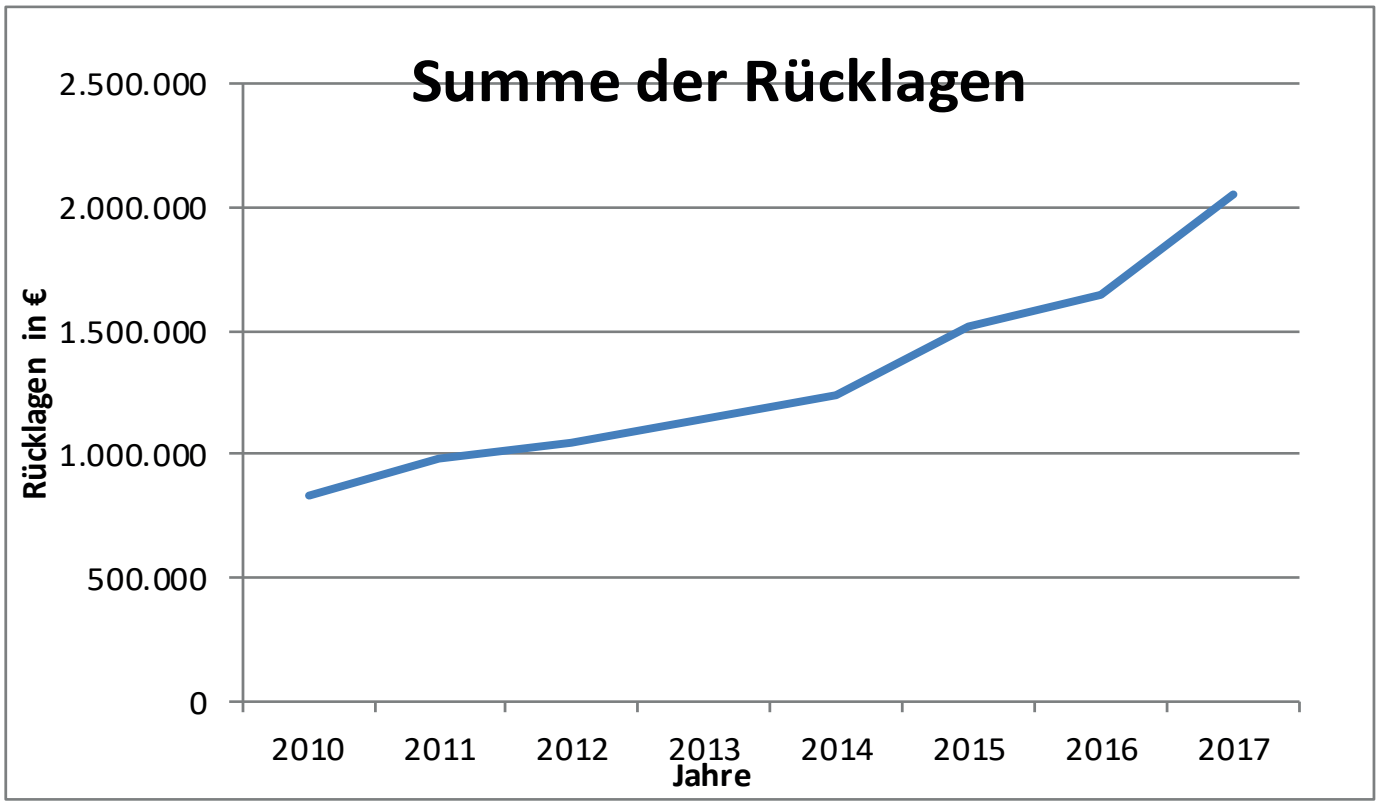
Abbildung 5: Arbeitslosenquote im Ländervergleich, 2016, in %



Quelle: ZDL; eigene Darstellung.

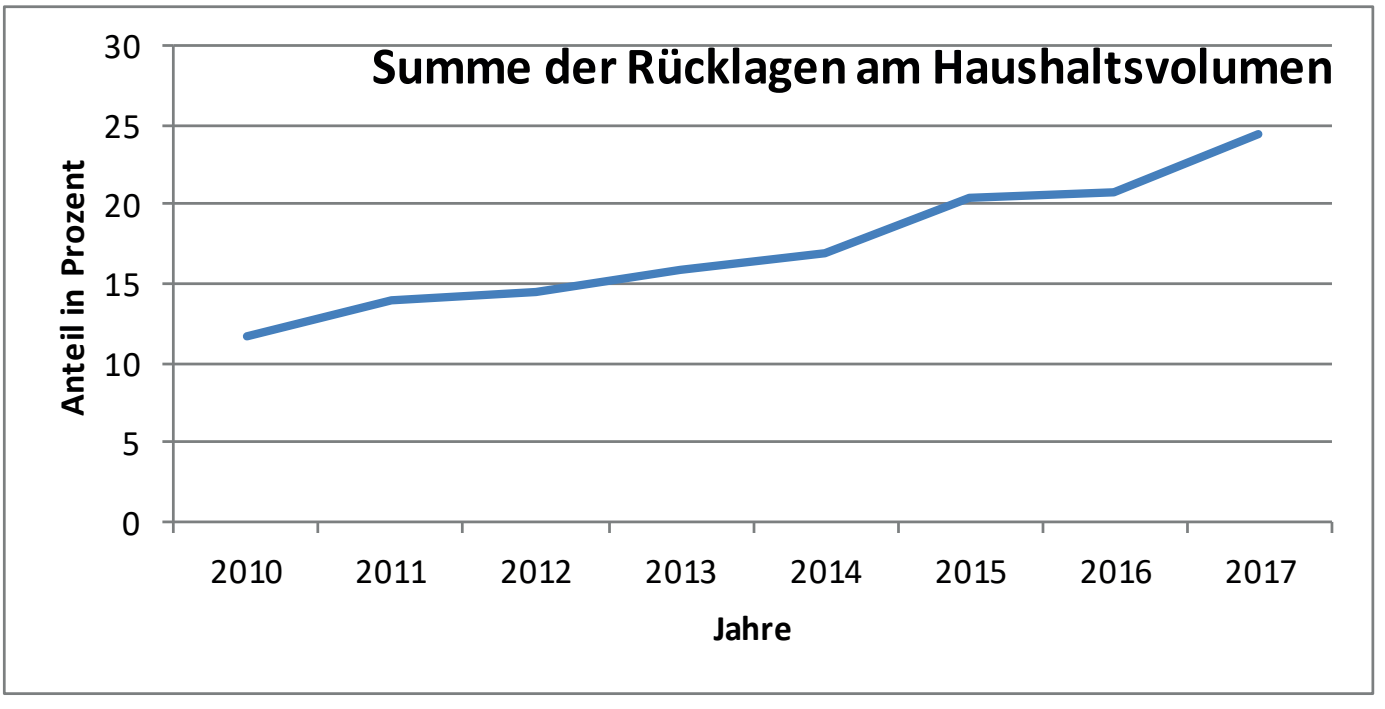
(Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2018 - Teil 1 Landesfinanzbericht, S. 7)

Die Fraktion verfolgt das Ziel einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Wir wollen den Haushalt weiter entschulden, aber auch klug in die Zukunft investieren. Die rot-schwarze Regierungspolitik nutzt jedoch die vorhandenen finanziellen Spielräume viel zu wenig, um dem erheblichen Investitionsbedarf nachzukommen. Dabei verfügt sie über hinreichend finanzielle Möglichkeiten. Die Rücklagen des Landes sind unangemessen hoch, sie wachsen Jahr für Jahr auf immer neue Rekordstände.



(Entwicklung der Summe der Rücklagen des Landes, entnommen aus der jeweiligen Haushaltsrechnung des Finanzministeriums. Für 2016 wird eine Zunahme von 409,2 Mio. Euro geschätzt, vgl. Kleine Anfrage der Abg. Jeannine Rösler, Drs. 7/1741)

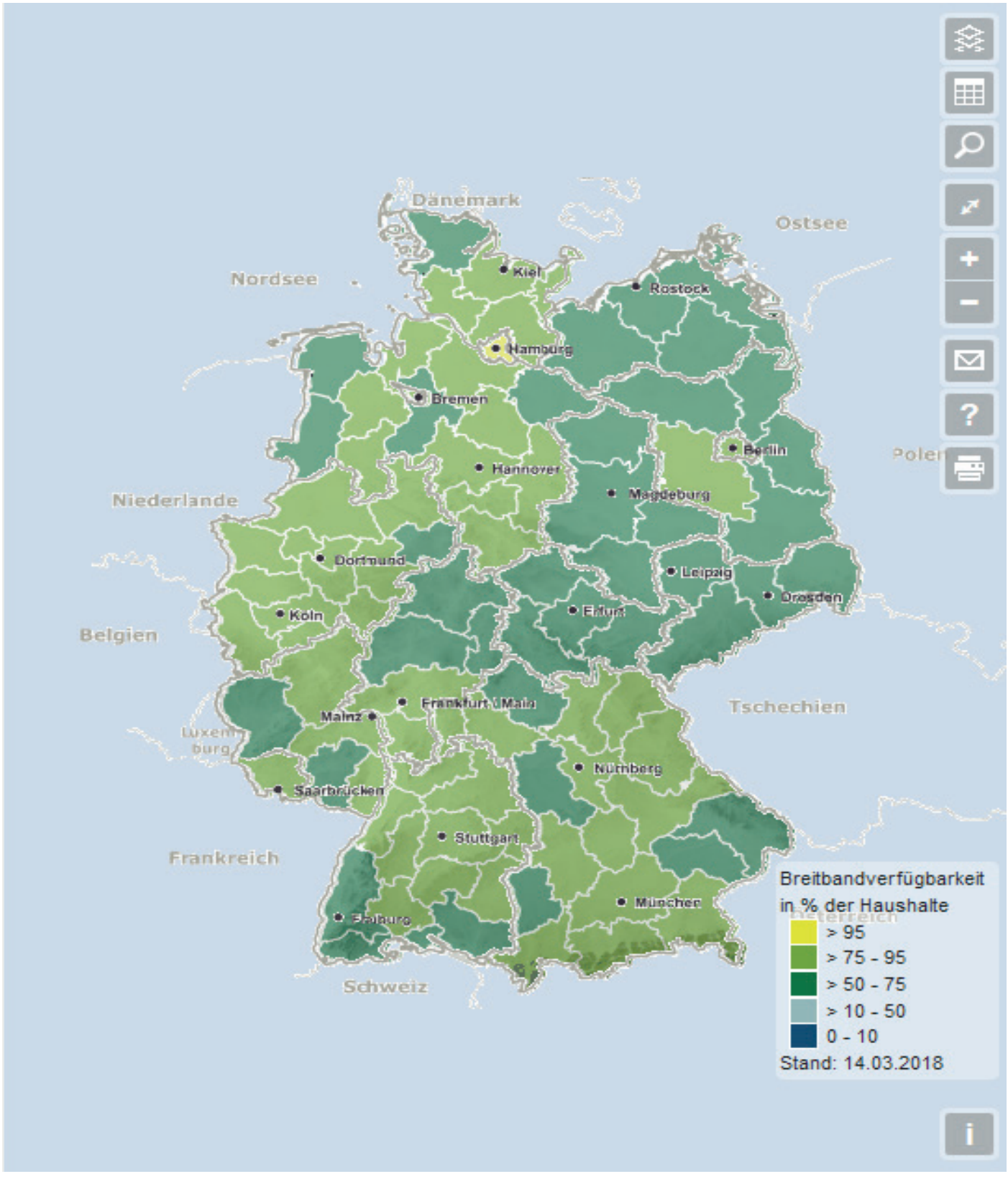
Besorgniserregend ist, dass auch der Anteil der Gesamtrücklagen im Verhältnis zum Gesamthaushalt immer mehr zunimmt. Im Jahr 2017 wurde sogar jeder vierte Euro in die Rücklagen gesteckt. In der Folge kann der Landtag über immer weniger Mittel des Haushalts tatsächlich frei entscheiden.



(Prozentualer Anteil der Summe der Rücklagen am Haushaltsvolumen, eigene Berechnungen)

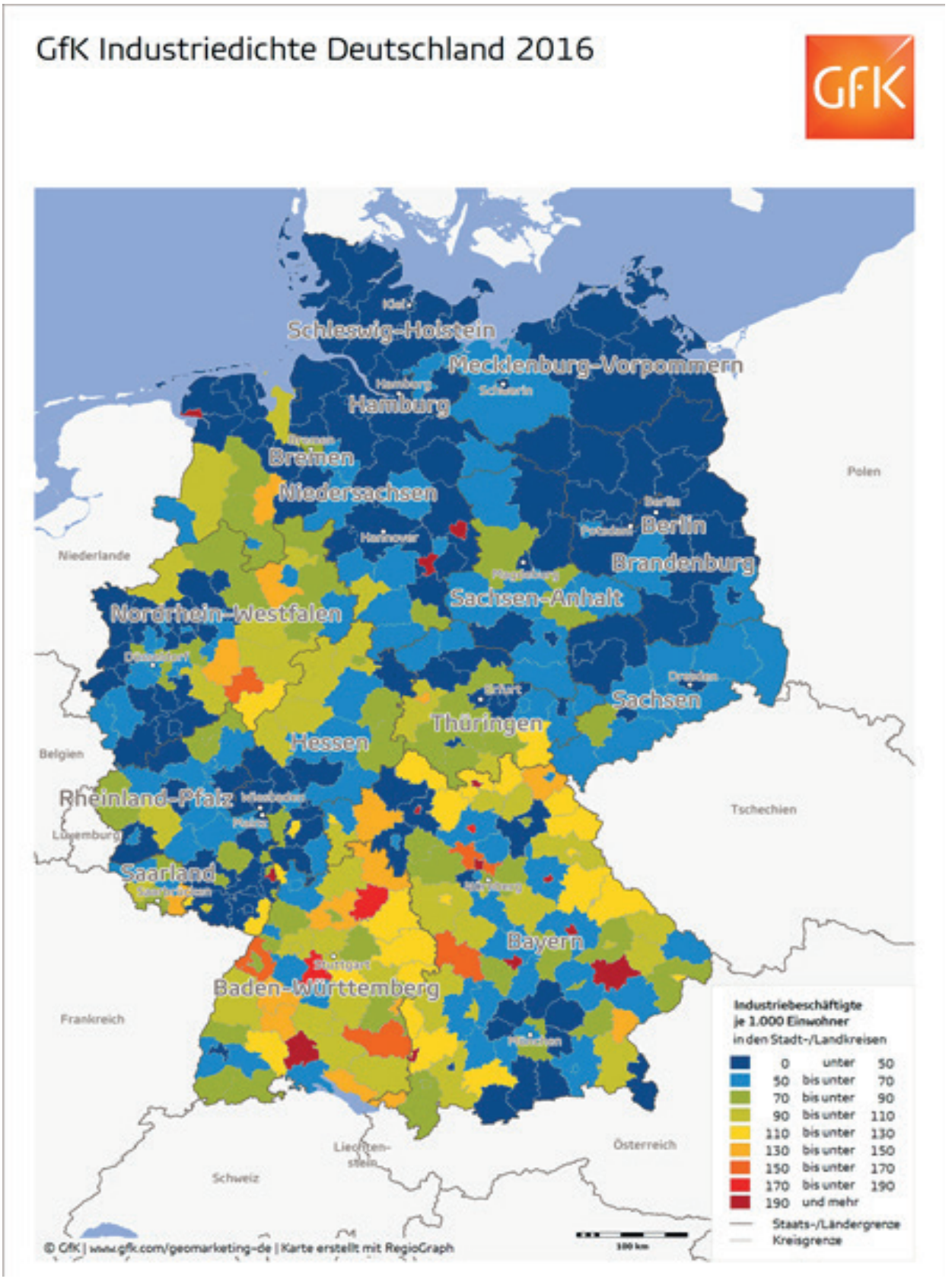
Unzureichende Investitionen bspw. bei dem Ausbau der Netz-Infrastruktur werden besonders im ländlichen Raum sichtbar. Hier hinkt die Entwicklung deutlich hinter dem Bedarf her. Die Folgen sind neben der teils schlechten Anbindung der Bevölkerung vor allem Schwierigkeiten für Unternehmen, sich auf dem Land anzusiedeln.

angezeigte Verfügbarkeit auf Ebene der Planungsregionen: Privat Alle ≥ 50 Mbit/s



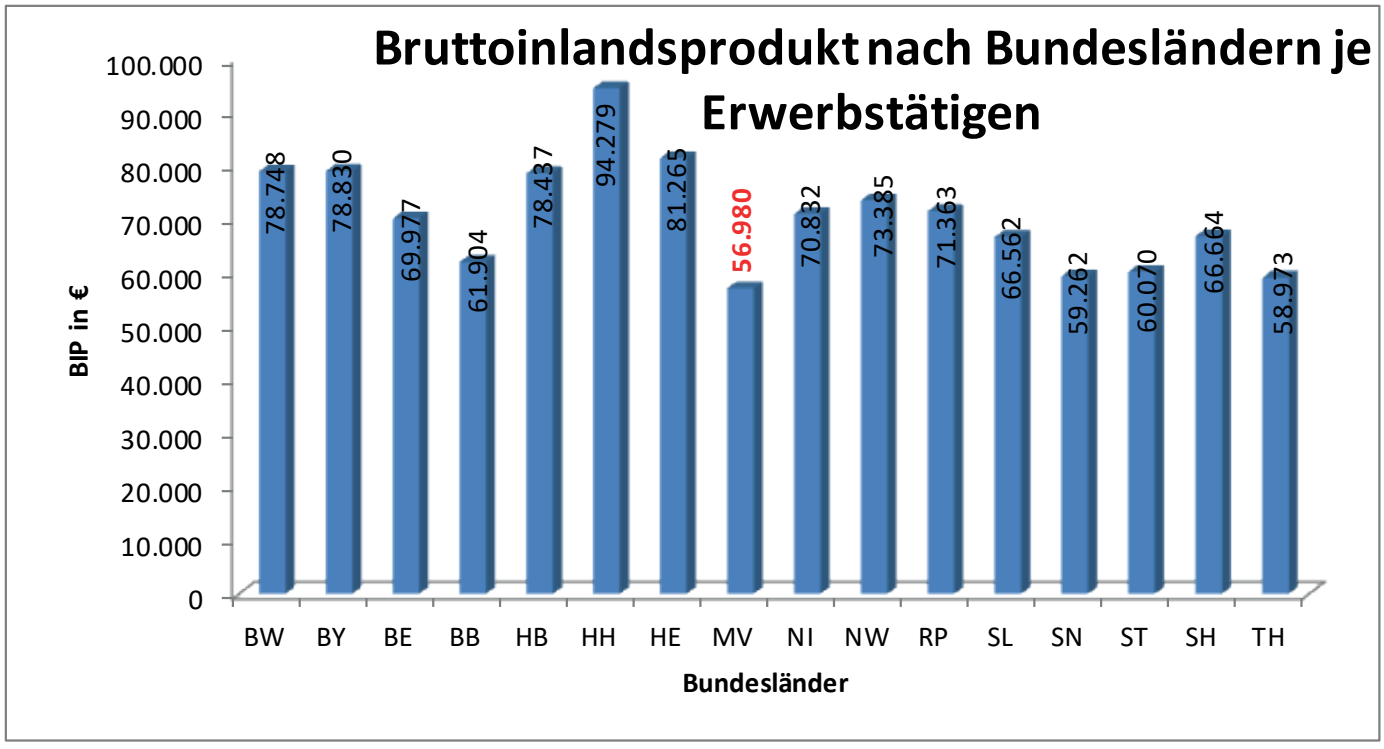
Quelle: https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html

Der Anteil des Produzierenden Gewerbes liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 22 Prozent und damit 8 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Dies belegt die industrielle Schwäche.

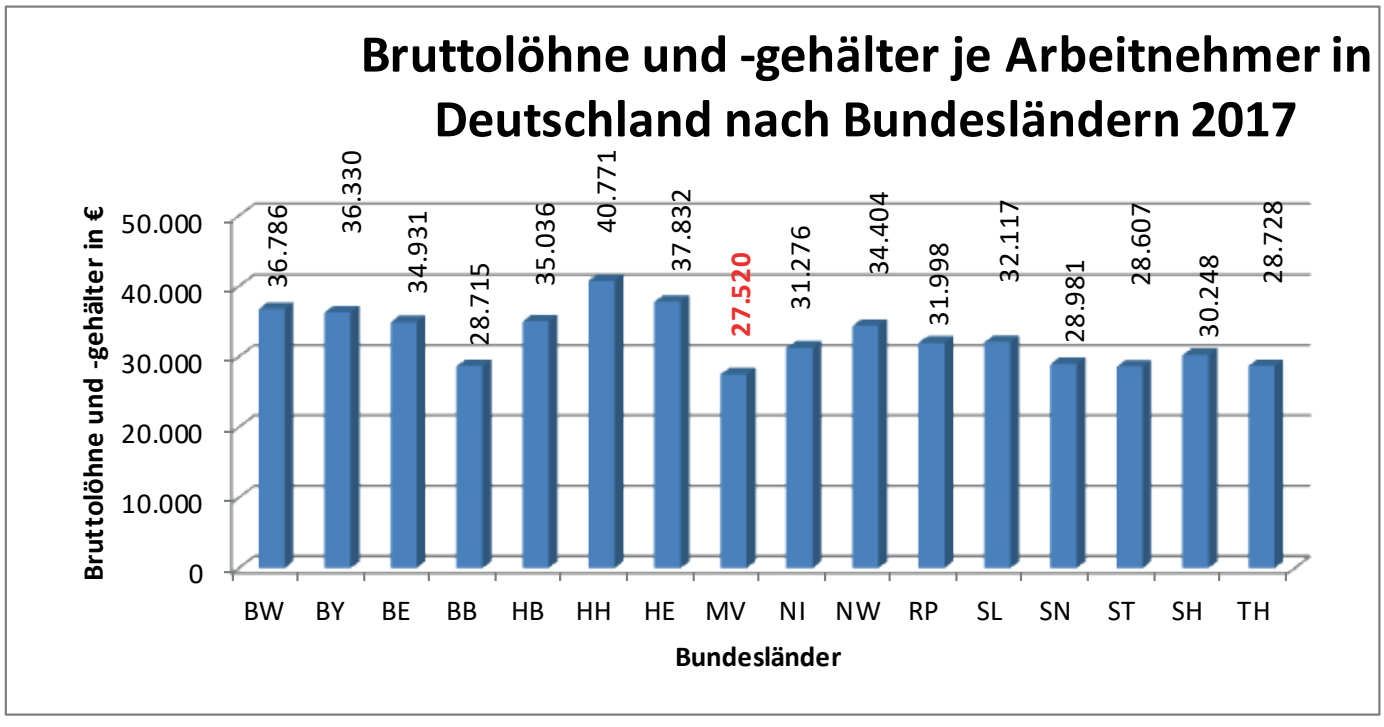


Quelle: https://www.gfk.com/fileadmin/user_upload/dyna_content/DE/images/News/2016/201601_BdM.jpg

Auch bei der Wirtschaftskraft des Landes und den Einkommen wirken sich sowohl der geringe Industrieanteil als auch die defensive Investitionspolitik negativ auf die Entwicklung aus. Mecklenburg-Vorpommern ist sowohl beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als auch bei den durchschnittlichen Einkommen Schlusslicht im Ländervergleich.



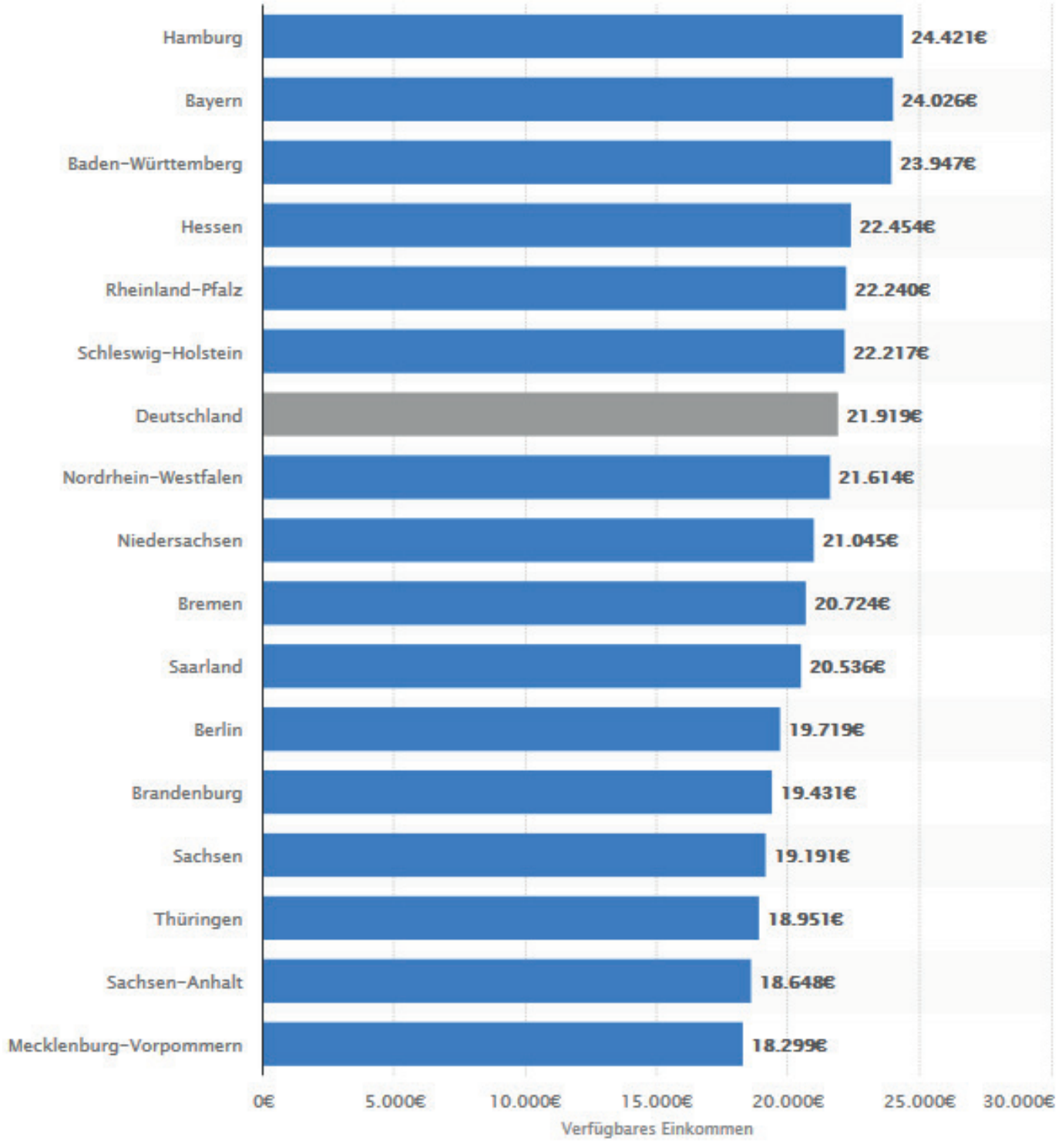
Quelle: Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL; https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?tbl=tab01 (zuletzt abgerufen: 17.09.2018)



Quelle: Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL; https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?rev=RV2014&tbl=tab11&lang=de-DE; (zuletzt aufgerufen: 03.09.2018)

Die Summe dieser und weiterer Faktoren wirkt sich negativ auf den Wohlstand im Land aus. Besonders die Vermögensverteilung zwischen den Ländern zeigt, dass die Strukturschwäche des Ostens in keiner Weise ausreichend bekämpft oder gar überwunden wurde.

Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2016



Quelle: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/255174/umfrage/verfuegbares-einkommen-privater-haushalte-je-einwohner-in-den-bundeslaendern/(zuletzt aufgerufen: 03.09.2018)

Fazit: Mecklenburg-Vorpommern ist in vielen Bereichen das Schlusslicht.

II. Unsere Vorschläge und Forderungen an die Landesregierung

1. Digitalisierung

Problem

Der Breitbandausbau stockt. Trotz der Bundesmittel ist Mecklenburg-Vorpommern immer noch digitales Niemandsland und im Vergleich zu anderen Bundesländern im Hintertreffen. Es fehlen der rote Faden und eine einheitliche Strategie in den Schwerpunktbereichen der Digitalisierung.

Ziele/Forderungen

- Wirtschaft, Politik und Wissenschaft erarbeiten für die Entwicklung des digitalen Standortes M-V einen „Aktionsplan Digitalisierung“ als roten Faden mit kurzfristigem Zeithorizont für Schwerpunktthemen (Schule, Wirtschaft/Industrie, Arbeit, Breitbandausbau, E-Gouvernement, Forschung/Wissenschaft)
- Einrichtung eines Sonderausschusses Digitalisierung, um auch im Landtag die Kompetenzen zu bündeln und einen parlamentarischen Schwerpunkt auf das Thema zu legen; Umsetzung des Aktionsplans begleiten
- digitale Modellkommunen (Orte werden mit Experten beschlossen) als Motor für die Digitalisierung

2. Arbeit

Problem

M-V verharrt im Lohnkeller der Republik. Dies betrifft die Löhne und Gehälter der Beschäftigten ebenso wie die Ausbildungsvergütungen. Eine Ursache ist die nach wie vor unterdurchschnittlich ausgeprägte Tarifbindung. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des in einigen Branchen bereits sichtbaren Fachkräftemangels problematisch. Gleichzeitig gibt es immer noch eine im Bundesvergleich hohe Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Ziele/Forderungen

- Auflösung getrennter Tarifgebiete in Ost und West nach fast 30 Jahren Deutsche Einheit
- bundesweit einheitliche Mindestausbildungsvergütung auf der Basis der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung
- soziale Teilhabe durch sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose

3. Wohnen

Problem

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt stellt sich in M-V sehr unterschiedlich dar, zunehmende Wohnungsknappheit steht Leerstand gegenüber. Fast 30 Jahre nach der Deutschen Einheit schleppen ostdeutsche Wohnungsunternehmen und Kommunen immer noch Altschulden aus der DDR-Zeit mit sich herum, die aus Krediten des Wohnungsbaus resultieren. Hinzu kommen Kredite aus der ersten Modernisierungswelle der 1990er Jahre. Auch bei Leerstand oder erfolgtem Rückbau sind die Schulden weiter zu begleichen. Ein Abbau der Altschulden/Altverbindlichkeiten ist gerade dort nicht machbar, wo Menschen zwingend auf niedrige Mieten angewiesen sind, Leerstand vorhanden ist und auch künftig die Wohnungsnachfrage eher gering ist. Das Innenministerium schätzt die DDR-Altlasten auf bis zu 400 Millionen Euro. Die Altschulden schränken die Handlungsfähigkeit oft so stark ein, dass dringend notwendige Investitionen in Barrierefreiheit, energetische Sanierung und Modernisierung und gar laufende Unterhaltung unterbleiben, Leerstand nicht beseitigt und Wohnen und Wohnumfeld immer unattraktiver werden. Der kommunale Entschuldungsfonds des Landes M-V wird erst ab 2020 Gemeinden beim Abbau von Altschulden unterstützen. Er reicht keinesfalls aus und greift nicht für Wohnungsgenossenschaften.

Ziele/Forderungen

- Altschulden müssen weg; eine Bundesunterstützung ist zwingend notwendig, dafür muss sich die Landesregierung beim Bund stark machen mit den Zielen:
- erneute Bundeshilfe zur Altschuldenentlastung für die neuen Bundesländer bzw. Entlastung von Altverbindlichkeiten in strukturschwachen Räumen bundesweit erreichen
- bisher nicht realisierte Privatisierungs- bzw. Veräußerungspflichten für Wohnungsunternehmen, die eine Teilentlastung von Altschulden nach dem Altschuldenhilfegesetz erhielten, aufheben
- bei Rückbau im Rahmen des Stadtumbauprogramms muss zusätzliche Entlastung von Altschulden/Altverbindlichkeiten erfolgen; Handlungsfähigkeit, insbesondere von kommunalen Wohnungsunternehmen und Kommunen in ländlichen Regionen des Binnenlandes so stärken, dass gute Wohnqualität die Menschen zum Bleiben bewegt
- bei Rückbau von Wohnraum generell eine Pauschalentlastung von Altschulden/Altverbindlichkeiten i. H. v. 50 Euro je Quadratmeter Wohnfläche mit Landesmitteln vornehmen (Kosten: 3 Mio. Euro pro Jahr, Annahme: Rückbau 1000 WE mit durchschnittlich 60 m² Wohnfläche)

4. Mobilität

Problem

Mecklenburg-Vorpommern ist weitgehend vom Schienenpersonenfernverkehr abgehängt und profitiert auch vom Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn bis 2030 unzureichend (siehe Grafik). Gezwungenermaßen bedient die Regionalbahn auch Strecken, die dem Fernverkehr zuzuordnen sind. Die dafür eingesetzten Mittel fehlen im Schienenpersonennahverkehr.

Diese Infografik zeigt den Zustand des neuen DB-Netzes 2030:

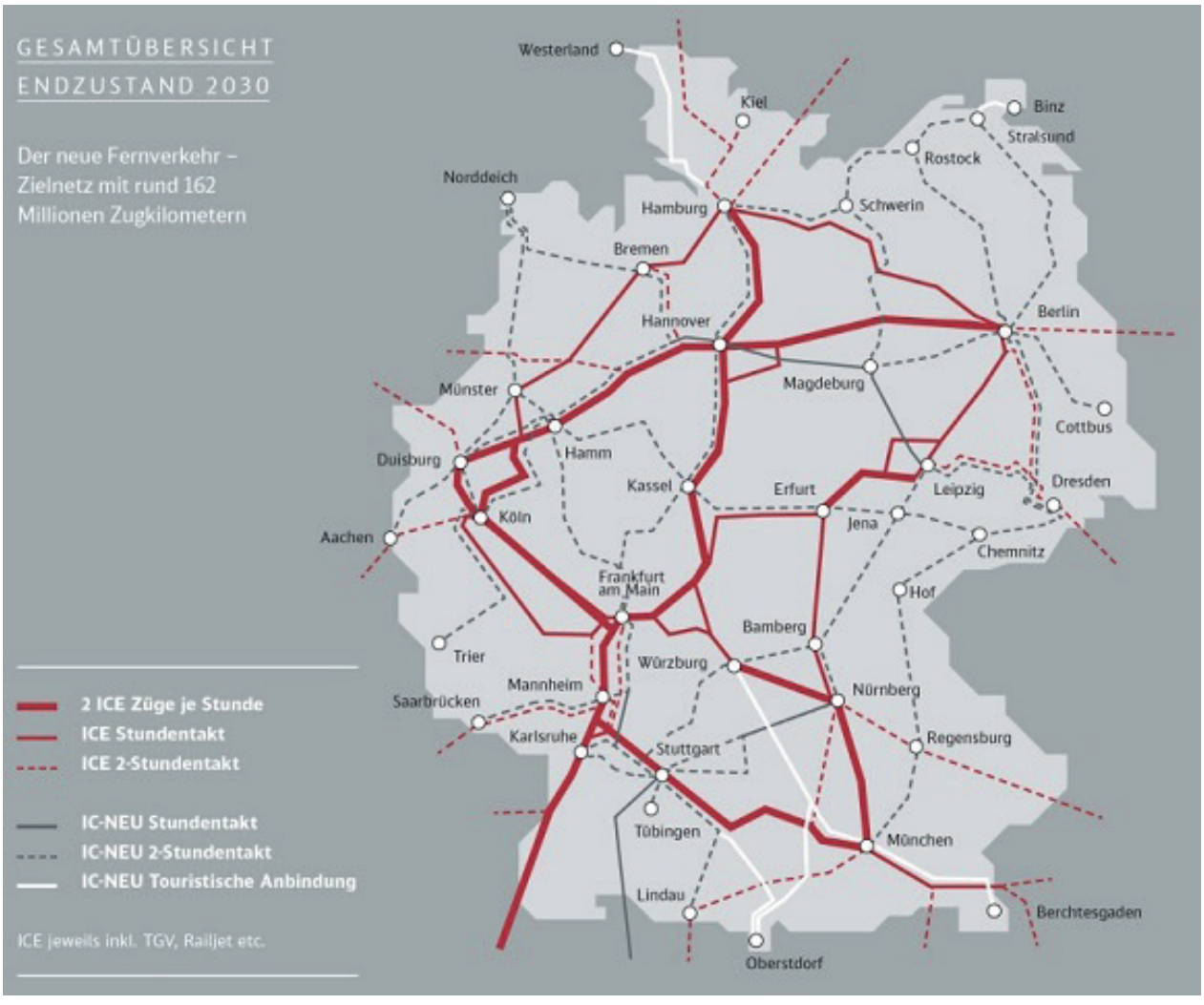


Bild Copyright: L. Köder

Der ÖPNV ist völlig unzureichend. Angebote der Regionalbahn wurden ausgedünnt, Strecken stillgelegt. Busse fahren oft nur im Schülerverkehr, am Wochenende, an Feiertagen und in den Ferien kaum oder gar nicht. Die Züge und Busse, die es noch gibt, sind schlecht aufeinander abgestimmt, der Radverkehr nicht einbezogen. Ruf- und Bürgerbusse verkehren nur in wenigen Regionen, können aber auch nur ergänzende Angebote sein. Durch fehlende Attraktivität und Barrierefreiheit sinken die Fahrgastzahlen weiter.

Ziele/Forderungen

- Mobilitätssicherung gehört zur Daseinsvorsorge und ist eine der Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Teilhabe in ganz M-V; statt weiterem Niedergang brauchen wir eine Initialzündung für ein kostengünstiges, bedarfsgerechtes und vernetztes Nahverkehrsangebot, das ausreichend finanziert ist; Nahverkehr in einem Flächenland wie M-V wird sich nie selbst tragen, deshalb müssen Land, Kreise und Kommunen gemeinsam die Kosten übernehmen; ein Nahverkehr zum Nulltarif für alle Nutzerinnen und Nutzer ist langfristig unser Ziel
- ÖPNV-Finanzierung neu aufstellen – Landesunterstützung zweckgebunden aufstocken und bündeln sowie Mittel für den Ausbildungsverkehr dynamisieren, kommunalisieren und aus Landesmitteln finanzieren (Kosten: 80 Mio. Euro pro Jahr)
- Mobi-Pass einführen, mit dem Kinder und Jugendliche landesweit und jederzeit – auch in der Freizeit, am Wochenende und in den Ferien – den Nahverkehr mit Bus und Bahn kostenfrei nutzen können; was künftig ohnehin fährt, soll auch gut genutzt werden – der Mobi-Pass berechtigt dazu, sorgt für mehr Fahrgäste, vereint und verbessert bestehende und angestrebte Angebote, wie das Schüler-Freizeit-Ticket einzelner Landkreise und das Landes-Ferien-Freizeit-Ticket
- Bundesratsinitiative, Schienenmaut auch für Personenverkehr zu halbieren

5. Ländliche Räume

Problem

In ländlichen Regionen wird es zunehmend schwieriger, die Daseinsvorsorge zu sichern. Standortentscheidungen und Angebotsrückgang gingen immer zu Lasten des ländlichen Raums. Daraus resultieren lange Wege, fehlende Mobilität, Infrastruktur und Perspektiven für junge Menschen. Hohe Aufwendungen für lange Leitungen und umfangreiche Netze etwa für Ver- und Entsorgung verteilen sich auf wenige Nutzerinnen und Nutzer. Diese besonderen Bedingungen wurden lange Zeit nicht genügend berücksichtigt. Im Landesraumentwicklungsprogramm 2016 werden ländliche Gestaltungsräume benannt, die vor besonderen Herausforderungen stehen.

Ziele/Forderungen

- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überall gewährleisten (Zugang zu Bildung und Kultur, medizinischer Versorgung, bedarfsgerechten Verkehrsangeboten und Beschäftigungsperspektiven); finanzielle Ausstattung der Gemeinden so ausgestalten, dass auch die sogenannten freiwilligen Aufgaben wie Jugend- und Seniorenarbeit angeboten werden können; um besondere Bedarfe auszugleichen, brauchen strukturschwache Regionen auch unsere besondere Unterstützung
- Aufnahme des Staatsziels in die Landesverfassung: „Das Land fördert und sichert in ganz Mecklenburg-Vorpommern gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen.“

- besondere Förderung der ländlichen Gestaltungsräume (küstenferne Räume, insbesondere in Vorpommern, aber auch im östlichen und zentralen Mecklenburg) durch Regionalbudgets zur eigenen Verwendung
- Neuordnung der kommunalen Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und eine stufenweise Einführung einer kommunalen Investitionspauschale, damit die Gemeinden eigenständig und vor Ort über ihre Entwicklung entscheiden können

Auszüge aus dem Landesraumentwicklungsprogramm 2016

Abbildung 11 – Raumkategorien

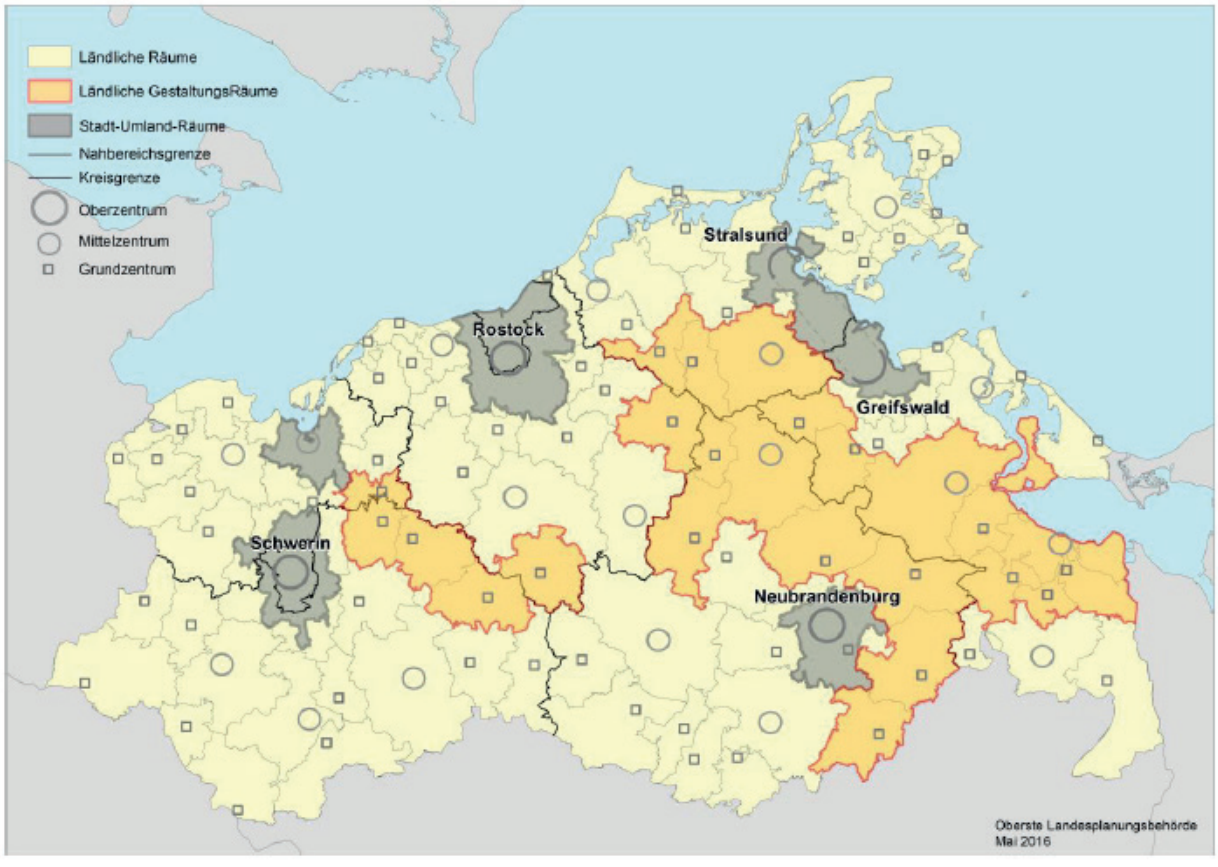
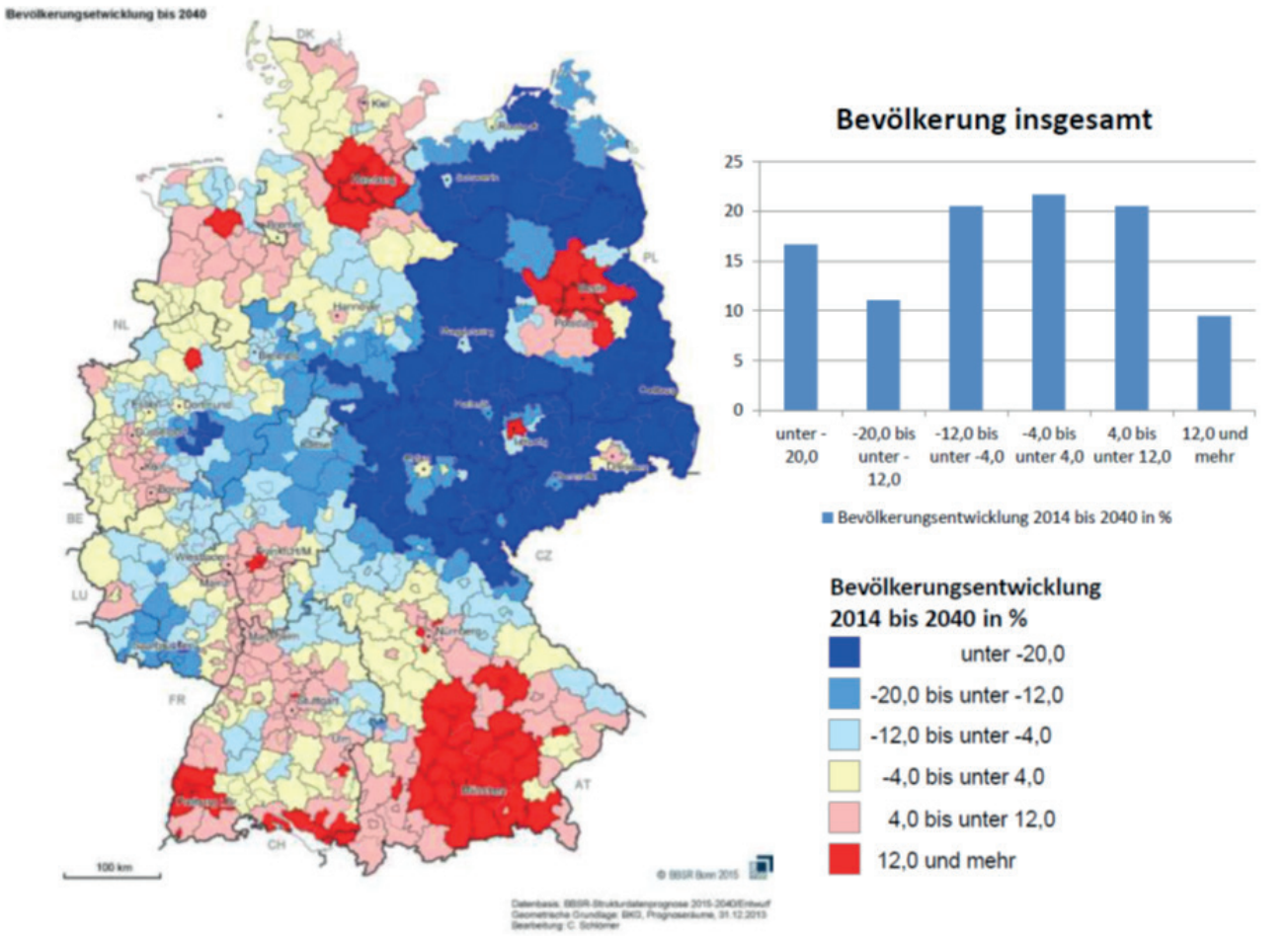
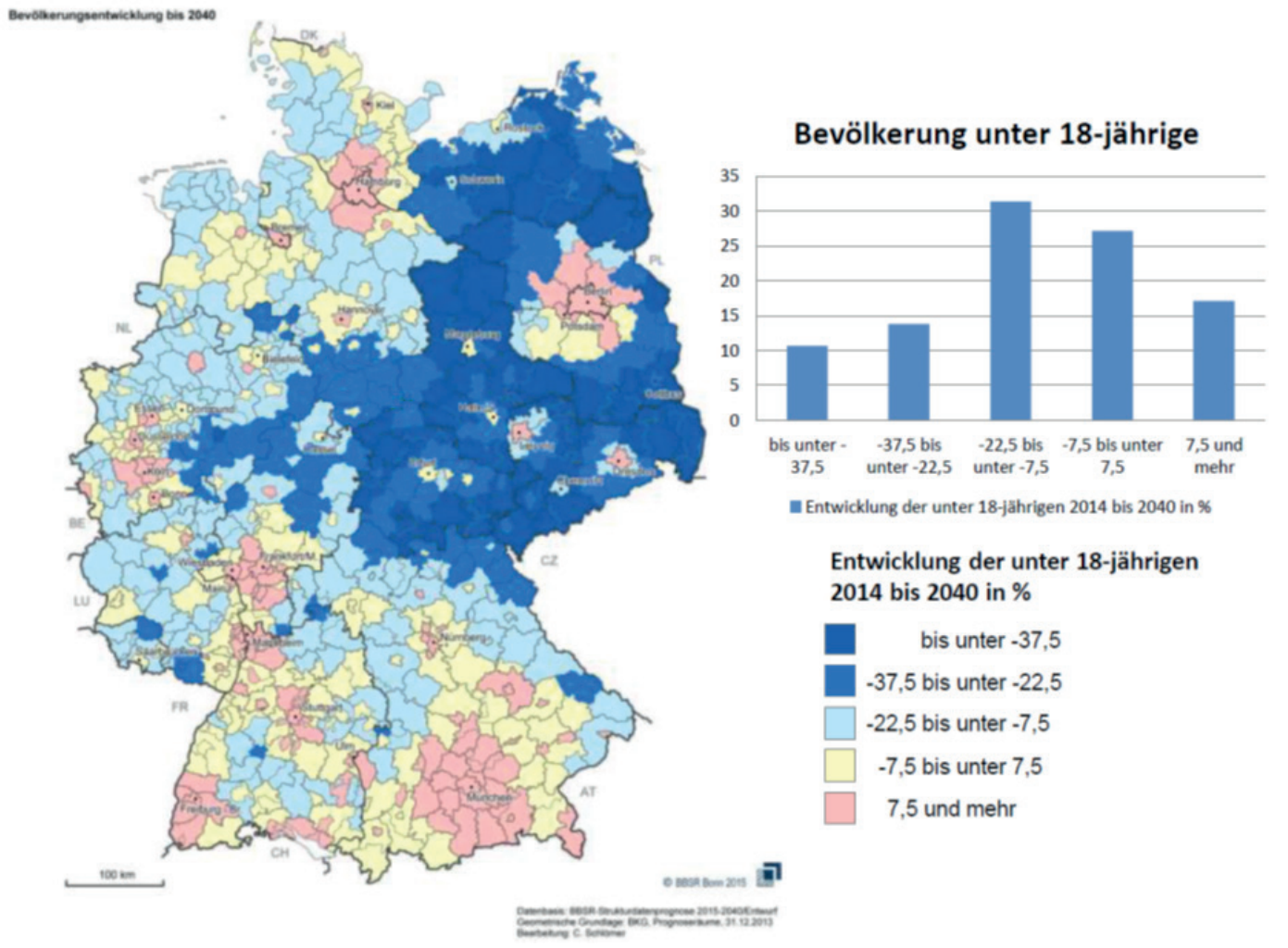


Abbildung 3 – Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030 in den Landkreisen und kreisfreien Städten





6. Schule und Bildung

Problem

M-V hat die höchste Abbrecherquote bei Auszubildenden und Studierenden. Jeder fünfte Jugendliche fällt am Ende seiner Ausbildung durch die Facharbeiterprüfung. Bei den Schulabbrechern liegt M-V weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Schulabsentismus steigt.

15 bis 18 Prozent der Lehrkräfte in M-V sind Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger – der Bundesdurchschnitt liegt bei 8 bis 10 Prozent (Quelle: Beamtenbund). In den kommenden Jahren gehen über 7000 Lehrkräfte (von 9600) in den Ruhestand. 60 Prozent der Lehrkräfte sind älter als 50 Jahre.

Es gibt zu wenige und in Teilen dramatisch veraltete IT-Arbeitsplätze an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Nur wenige Schulen verfügen über Breitbandanschluss – besonders problematisch ist die Lage im ländlichen Raum.

Im Bereich der beruflichen Schulen hat M-V mit die geringsten Bildungsausgaben. Die Anzahl der Unterrichtsstunden in der Grundschule liegt bundesweit im unteren Bereich. Die Schüler-Lehrer-Relation im allgemein bildenden Bereich und im Bereich der beruflichen Schulen liegt mit am höchsten. Die Anzahl der Unterrichtsstunden in den Grundschulen liegt bundesweit im unteren Bereich. M-V hat die dritthöchste Schülerzahl je Lehrkraft. Schulen im ländlichen Raum sind in ihrer Existenz gefährdet.

Forderungen

- Einführung der zehnjährigen Schulpflicht; Anhebung der Berufsschulpflicht auf das 21. Lebensjahr; Einführung eines Klassenteilers an allgemein bildenden Schulen und beruflichen Schulen; Erziehungsmaßnahmen überprüfen und auch auf Grundschülerinnen und Grundschüler anwenden; Stärkung der Elternpflichten; Einführung eines Schülerstipendiums in der 10. Klasse an Regionalen Schulen und Gesamtschulen/Förderschulen
- Reform der beiden Phasen der Lehrerausbildung; Verkürzung des Referendariats auf 12 Monate; Verpflichtendes Referendariat für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger; Einführung der „variablen“ Stunden gegen Unterrichtsausfall; Altersteilzeitmodelle einführen; Senkung der Unterrichtsverpflichtung im ersten Schritt um eine Wochenstunde
- Landesprogramm zur Unterstützung der Ausstattung der Schulen mit Computerarbeitsplätzen; Ausbau der Breitbandanschlüsse
- Steigerung der Bildungsausgaben hauptsächlich an Berufsschulen durch kleinere Klassen und differenzierter Förderung; Einführung zusätzlicher Deutsch- und Mathematikstunden in der Grundschule; Senkung der Klassengröße durch Einführung eines Klassenteilers; Senkung der Schülermindestzahlen für die Klassenbildung und den Schulerhalt

7. Gleichstellung

Problem

Frauen sind überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor tätig. Diese und weitere Gründe, wie die Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen und schlechtere Entlohnung trotz gleichwertiger Arbeit, führen zu einer Einkommensschere zwischen Frauen und Männern, die in M-V bei durchschnittlich 7 Prozent liegt.
Die Einkommenslücke liegt damit zwar unter dem Bundesdurchschnitt von 21 Prozent, ist aber keinesfalls Grund zum Jubeln. Vielmehr schlägt sich auch in dieser Zahl nieder, dass M-V unterdurchschnittlich geringe Löhne zahlt. Folgen sind Armutsgefährdung in der Gegenwart und Altersarmut in der Zukunft. Das Entgelttransparenzgesetz der Bundesregierung wirkt in M-V nicht, da die Regelungen im Bundesgesetz erst ab Unternehmensgrößen von mindestens 200 Beschäftigten greifen.

Ziele/Forderungen

- Entgeltgleichheit für die gleiche und gleichwertige Arbeit sowie eine Aufwertung der sogenannten frauentypischen Berufe
- Chancengleichheit und Entwicklungsperspektiven für Frauen
- Erarbeitung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms
- auch für kleine und mittlere Unternehmen verbindliche Regelungen zur Überprüfung und Transparenz der Gehaltsstrukturen in Unternehmen

8. Kinder, Jugend und Familie

Problem

Kinderarmut ist in kaum einem anderen Bundesland so weit verbreitet wie in Mecklenburg-Vorpommern. Im Nordosten leben nach Angaben des Statistischen Landesamtes M-V 27,8 Prozent – demnach fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren – in einer armen oder armutsgefährdeten Familie. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 19,7 Prozent. Armut beeinträchtigt die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig.

Landesweit fehlen pädagogische Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen. Dies führt dazu, dass Kita-Plätze unbesetzt bleiben und der bundesgesetzlich verankerte Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht mehr gewährleistet werden kann. Im Jahr 2017 wurden von Trägern und Einrichtungen in M-V ca. 280 Anträge auf Ausnahmegenehmigungen gestellt, um auch Nicht-Fachkräfte in den Gruppen einsetzen zu können. Die Situation ist fatal, die Zahl der Ausnahmegenehmigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Der heutige Mangel an pädagogischen Fachkräften war seit Jahren absehbar, die Landesregierung hat die rechtzeitige Anpassung der Ausbildungsplatzplanung versäumt. Darunter leidet auch die Qualität. Die ohnehin bundesweit schlechtesten Betreuungsschlüssel in den Kitas in M-V werden durch das Aufweichen des Fachkräftegebotes weiter unterwandert.

Ziele/Forderungen

- Aktionsplan gegen Kinderarmut für alle Bereiche - von der frühkindlichen Bildung, über Schule, Ausbildung, Freizeit, Wohnen und Gesundheit bis hin zur gezielten Unterstützung Alleinerziehender (z. B. Kindergrundsicherung)
- Einführung einer Kinderkarte im Wert von 50 Euro monatlich, die es allen Kindern im Alter von 6 bis 16 Jahren unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglicht, selbstbestimmt Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Freizeit wahrzunehmen
- aktuelle Fachkräftebedarfsanalyse und Anpassung der Ausbildungsplatzplanung
- Kampagne zur Fachkräftegewinnung starten
- Arbeitsbedingungen (Betreuungs- und Personalschlüssel) und Entlohnung der pädagogischen Fachkräfte verbessern

9. Rente

Problem

In Mecklenburg-Vorpommern ist die gesetzliche Rente i. d. R. das einzige Alterseinkommen. Sie stagniert bzw. sinkt für diejenigen, die neu eine gesetzliche Rente erhalten. Während die durchschnittliche Altersrente im Jahr 2003 noch bei 931 Euro (Männer) bzw. 665 Euro (Frauen) lag, betrug sie im Jahr 2012 894 Euro für Männer und 754 Euro für Frauen. Bei den Renten wegen Erwerbsminderung sanken die durchschnittlichen Zahlbeträge im gleichen Zeitraum bei Männern von 654 Euro auf 571 Euro und bei Frauen von 658 auf 626 Euro.

Die niedrigen gesetzlichen Renten lassen die Armutsgefährdungsquote bei den Rentnerinnen und Rentnern sowie den Pensionärinnen und Pensionären (diese Gruppen werden in der Statistik zusammengefasst) in M-V steigen, von 16,7 Prozent im Jahr 2011 auf 19,1 Prozent im Jahr 2015. Die Altersarmut nimmt enorm zu.

Ziele/Forderungen

- grundlegender Kurswechsel in der Rentenpolitik; nicht nur die Rentenangleichung Ost an West muss schneller vollzogen werden, wir fordern auch die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro und den abschlagsfreien Rentenbeginn nach 40 Versicherungsjahren mit Vollendung des 65. Lebensjahres
- die gesetzliche Rentenversicherung muss in eine solidarische Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger umgewandelt werden, zu deren Finanzierung alle Einkommen herangezogen werden
- Korrektur des Unrechts bei der Überführung des DDR-Rentenrechts in bundesdeutsches Recht

10. Aufarbeitung von Treuhand-Unrecht

Problem

Der eigentliche Auftrag der Treuhand war die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe und der Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze. Tatsächlich kam es vielfach zu einem Ausverkauf der Betriebe, die meisten Arbeitsplätze gingen verloren, es kam zu Betrügereien.

Ziele/Forderungen

- Wirken der Treuhand auch in Mecklenburg-Vorpommern umfassend aufarbeiten, etwa im Rahmen einer Enquete-Kommission

www.linksfraktionmv.de